Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des

Planungs- und Umweltausschusses

am Mittwoch, dem 23.01.2019

im Sitzungszimmer 2.5 / 2.6

<u>Beginn:</u> 17:30 Uhr <u>Ende:</u> 21:10 Uhr

Anwesend:

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Helga Bühse

Herr Ralf Ketelhut (bis TOP 19.1) Herr Thomas Krampfer (Vorsitzender)

Herr Jan Hinrich Köster Herr Axel Westphal-Garken

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Dr. Wolfgang Stein Herr Kurt Feldmann-Jäger Herr Andreas Gärtner

Herr Thomas Michaelis (bis TOP 17.)

Herr Jörg Neumann

Beratendes Mitglied

Herr Bernhard Radomski

Von der Verwaltung

Herr Thorsten Kubiak

Frau Ute Spieler

Frau Ute Obel

Herr Ralf-Josef Schnittker

Herr Bernd Heilmann

Herr Michael Köwer

Herr Peter Omland

Frau Hanna Bobeth

Frau Hilke Schulz (Protokollführerin)

Außerdem anwesend

Frau Franka Dannheiser Herr Arne Rohkohl, Wasser- und Verkehrskontor

Herr Werner Didwischus Herr Hans-Jürgen Gorba

Herr Rolf Schaks

Frau Babett Schwede-Oldehus

Herr Anton Lennemann, Kinder- und Jugendbeirat

Frau Gunda Meyer, Holsteinischer Courier

Ca. 6 Zuhörer / Innen

Entschuldigt:

Frau Jeannie Kubon Herr Bruno Narnbach

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Genehmigung der Tagesordnung
3.	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 13.12.2018
4.	Information über die am 13.12.2018 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
5.	Einwohnerfragestunde
5.1.	Bürgeranfrage vom 16.01.2019 bezüglich Ersatzpflanzungen auf dem Parkplatz hinter Wittorfer Straße 17 - 19
6.	Anträge und Anfragen
6.1.	Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE betr. Fußgängerübergänge in der Christianstraße Vorlage: 0036/2018/An
6.2.	Antrag CDU-Fraktion vom 08.01.2019 - Verkehrs- und Parkplatzsituation rund um Kita Schubertstraße und Elly-Heuss-Knapp-Schule Vorlage: 0049/2018/An
6.3.	Antrag H. Feldmann-Jäger vom 05.01.2019 - Teilnahme an der "Europäischen Mobilitätswoche 2019" Vorlage: 0050/2018/An
6.4.	Antrag H. Feldmann-Jäger vom 05.01.2019 - Sachstandsbericht Radverkehrs- anbindung "Entwicklungsfläche Nord" Vorlage: 0051/2018/An
6.5.	Antrag SPD-Fraktion vom 03.01.2019 - Begleitantrag zum Radverkehrskonzept - Prüfauftrag Solar-Radweg Vorlage: 0052/2018/An
7.	Masterplan Mobilität, Teilkonzept Radverkehr (Radverkehrskonzept) - Entwurf - Vorlage: 0256/2018/DS
8.	51. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Entwicklung Scholtz-Kaserne" - Aufstellungsbeschluss - Durchführung einer Umweltprüfung - Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: 0154/2018/DS
9.	Bebauungsplan Nr. 170 "Entwicklung Scholtz-Kaserne" - Aufstellungsbeschluss - Durchführung einer Umweltprüfung - Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: 0155/2018/DS
10.	46. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Sondergebiet Baeyerstraße" - Beschluss über Stellungnahmen - Feststellungsbeschluss Vorlage: 0242/2018/DS

11.	Bebauungsplan Nr. 42 "Sondergebiet Baeyerstraße (a+b-Center)" - Beschluss über Stellungnahmen
	- Satzungsbeschluss Vorlage: 0243/2018/DS
12.	Bebauungsplan Nr. 209 "Krückenkrug / Brandenburger Weg" - Beschluss über geänderten Geltungsbereich
	- Beschluss über Stellungnahmen
	- Satzungsbeschluss Vorlage: 0260/2018/DS
13.	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 177 "Entwicklungsfläche Nord / A 7"
	- Aufstellungsbeschluss - Durchführung einer Umweltprüfung
	- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
	Vorlage: 0261/2018/DS
14.	Bebauungsplan Nr. 183 "Kita südlich Am Kamp"
	- Aufstellungsbeschluss- Beschluss zur Durchführung einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
	Vorlage: 0265/2018/DS
15.	Grüne Achse Schwaleniederung
	- Förderantrag "Stadt im Wandel" Vorlage: 0239/2018/DS
16.	Umsetzung des Innenstadtkonzeptes
10.	- Umsetzungsbericht
	Vorlage: 0258/2018/DS
17.	Verkehrskonzept Innenstadt, Teil Kfz-Verkehr
	- Verkehrsuntersuchungen zu den Knotenpunkten Ilsahl / Christianstraße und Holsatenring / Wittorfer Straße
	Vorlage: 0073/2018/MV
18.	Dringliche Vorlagen
19.	Mitteilungen
19.1.	Herstellung von Dämmen im Dosenmoor im Rahmen des Planfeststellungsver-
	fahrens - Mündlicher Vortrag
10.0	
19.2.	KV-Terminal - Planfeststellung - Mündlicher Vortrag
20.	Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein 2010 und
	Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I - III (jeweils
	Sachthema Windenergie) Vorlage: 0081/2018/MV
21.	Beschlusskontrolle - öffentlich - siehe Anlage -
	Vorlage: 0085/2018/MV

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende – Herr Krampfer – eröffnet die Sitzung um 17.30 Uhr und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 . Genehmigung der Tagesordnung

Herr Krampfer weist darauf hin, dass nachfolgend genannte Unterlagen, Änderungs- und Ergänzungsanträge als Tischvorlage verteilt wurden:

Zu Tagesordnungspunkt 5.1

Bürgeranfrage von Herrn Bernd Oberländer vom 16.01.2019 bezüglich Ersatzpflanzungen auf dem Parkplatz hinter Wittorfer Straße 17 – 19 (Anlage 1).

Zu Tagesordnungspunkt 7.

Änderungs- und Ergänzungsantrag von Frau Bühse (Anlage 2).

Zu Tagesordnungspunkt 9.

Neufassung Anlage 2 – Vorentwurf Strukturkonzept – der Vorlage DS 0155/2018/DS zum Austausch (Anlage 3).

Zu Tagesordnungspunkt 14.

Ergänzungsantrag von Frau Bühse (Anlage 4).

Zu Tagesordnungspunkt 19.

Ergänzungsantrag von Dr. Stein (Anlage 5).

Dr. Stein beantragt, den Tagesordnungspunkt 19. als ordentlichen Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, so dass die Vorlage 0073/2018/MV als neuer Tagesordnungspunkt 17. behandelt wird.

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung einstimmig angenommen.

3 .	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 13.12.2018

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Fassung einstimmig angenommen.

4 .	Information über die am 13.12.2018 unter Ausschluss der Öffentlichkeit ge-
	fassten Beschlüsse

Der Ausschussvorsitzende informiert darüber, dass in dem unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführten Teil der Sitzung am 13.12.2018 keine Drucksachen zur Beschlussfassung vorlagen.

5 .	Einwohnerfragestunde

5.1 .	Bürgeranfrage vom 16.01.2019 bezüglich Ersatzpflanzungen auf dem Park-
	platz hinter Wittorfer Straße 17 - 19

Den Ausschussmitgliedern liegt die Bürgeranfrage des Herrn Bernd Oberländer vom 16.01.2019 bezüglich Ersatzpflanzungen auf dem Parkplatz hinter dem Grundstück Wittorfer Straße 17 – 19 als Tischvorlage vor (Anlage 1).

Herr Krampfer gibt dem anwesenden Herrn Oberländer Gelegenheit, seine Anfrage auszuführen.

Herr Stadtbaurat Kubiak bietet Herrn Oberländer einen Gesprächstermin innerhalb der nächsten 3 Wochen an und sagt eine schriftliche Beantwortung bis zur nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 13.03.2019 zu.

6.	Anträge und Anfragen

6.1 .	Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE betr. Fußgängerübergänge in der Christian-
	straße
	Vorlage: 0036/2018/An

Nach kurzer Diskussion der Ausschussmitglieder über die zu unkonkrete Formulierung des Antrages wird gemeinsam folgender Änderungsantrag formuliert:

"Die Verwaltung wird zur Prüfung der technischen Möglichkeiten von Querungshilfen in der Christianstraße aufgefordert."

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Der geänderte Antrag wird anschließend einstimmig angenommen.

6.2 .	Antrag CDU-Fraktion vom 08.01.2019 - Verkehrs- und Parkplatzsituation rund
	um Kita Schubertstraße und Elly-Heuss-Knapp-Schule
	Vorlage: 0049/2018/An

Frau Bühse erläutert einführend ihren Antrag.

Herr Westphal-Garken weist darauf hin, dass dieselbe Problematik an vielen anderen Schulstandorten besteht und daher ganzheitliche Lösungen zu entwickeln sind, die im besten Fall zu einer Stärkung des ÖPNV und Radverkehrs führen.

Herr Feldmann-Jäger plädiert für die Beteiligung des Kinder- und Jugendbeirates im Rahmen dieser Überprüfung.

Herr Westphal-Garken stellt folgenden Änderungsantrag:

"Die Verwaltung wird gebeten, ganzheitliche Lösungsvorschläge für die Verkehrs- und Parkplatzsituation rund um die Kita Schubertstraße und der Elly-Heuss-Knapp-Schule vorzubereiten und diese dem Planungs- und Umweltausschuss zur Diskussion vorzulegen."

Herr Krampfer lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Der geänderte Antrag wird anschließend einstimmig angenommen.

6.3 .	Antrag H. Feldmann-Jäger vom 05.01.2019 - Teilnahme an der "Europäischen
	Mobilitätswoche 2019"
	Vorlage: 0050/2018/An

Herr Feldmann-Jäger erläutert seinen Antrag und hofft auf Zustimmung.

Herr Stadtbaurat Kubiak äußert ein klares Bekenntnis für dieses Modul der Mobilitätsstrategie und schlägt eine Kombination mit der Aktion Stadtradeln vor. Aufgrund der erforderlichen Vorlaufzeit für die Durchführung besteht die Möglichkeit der Teilnahme 2020.

Herr Feldmann-Jäger ändert seinen Antragstext im Hinblick auf den Zeitpunkt der Teilnahme von 2019 auf 2020, so dass der Ausschussvorsitzende über den Antrag abstimmen lässt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 0

6.4 .	Antrag H. Feldmann-Jäger vom 05.01.2019 - Sachstandsbericht Radverkehrs-
	anbindung "Entwicklungsfläche Nord"
	Vorlage: 0051/2018/An

Herr Feldmann-Jäger erläutert seinen Antrag und fordert nachdrücklich den Sachstandsbericht sowie einen entsprechenden Zeitplan.

Herr Stadtbaurat Kubiak weist darauf hin, dass die Thematik bereits Bestandteil der Beschlusskontrolle ist.

Frau Spieler erklärt, der Fachdienst bemühe sich derzeit, die Freistellung von der Planfeststellung zu erlangen. Da darüber hinaus Eigentümerfragen zu klären sind, kann keine Zeitschiene genannt werden.

Herr Krampfer lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

6.5 .	Antrag SPD-Fraktion vom 03.01.2019 - Begleitantrag zum Radverkehrskonzept
	- Prüfauftrag Solar-Radweg
	Vorlage: 0052/2018/An

Herr Westphal-Garken stellt den Antrag zunächst vor.

Frau Bühse fragt nach möglichen Erfahrungen mit dem Betrieb solcher Einrichtungen und bittet zudem um Prüfung der wirtschaftlichen Seite.

Herr Dr. Stein regt an, die Frage der Zwischenspeicherung ebenfalls zu betrachten.

Der Begleitantrag wird wie folgt einstimmig ergänzt:

"Der Planungs- und Umweltausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der weiterführenden Entwicklung des Radverkehrskonzeptes für die Stadt Neumünster zu prüfen, welche (Teil-)Abschnitte des bestehenden oder noch zu schaffenden Radverkehrsnetzes geeignet sind, als Solar-Radweg erstellt zu werden *und hierbei die Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und die Speichermöglichkeiten einzubeziehen.*"

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

7 .	Masterplan Mobilität, Teilkonzept Radverkehr (Radverkehrskonzept) - Entwurf -
	Vorlage: 0256/2018/DS

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Änderungs- und Ergänzungsantrag von Frau Bühse als Tischvorlage vor (Anlage 2).

Herr Krampfer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Arne Rohkohl vom Wasserund Verkehrskontor, dem er anschließend das Wort zur Einleitung in das Konzept übergibt.

Herr Rohkohl erläutert zunächst die Zielsetzung an Hand des Beschlusses der Ratsversammlung vom 27.08.2013 sowie die Umsetzung der Aufgabenstellung zur systematischen Förderung des Radverkehrs mittels Einrichtung von Schutz- und Radfahrstreifen bzw. unter Einrichtung des Mischverkehrs.

Frau Bühse erläutert im Anschluss ihren Änderungs- und Ergänzungsantrag.

Herr Ketelhut plädiert für eine langsame Entwicklung des Konzeptes hin zur Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer und rät von verfrühten Einschränkungen zu diesem Zeitpunkt ab.

Herr Stadtbaurat Kubiak wirbt für eine möglichst breite Basis für das angestrebte Konzept.

Herr Krampfer lässt im Anschluss an die Diskussion über den Antrag von Frau Bühse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 4 Enthaltung: 0

Damit ist der Antrag angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Vorlage sodann zur Abstimmung.

- 1. Der Planungs- und Umweltausschuss nimmt den Entwurf des Radverkehrskonzeptes zur Kenntnis.
- 2. Es ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.
- 1. Folgende Gesichtspunkte sind zum Radwegeverkehrskonzept von grundlegender Bedeutung:
 - a. Fußgänger, Radfahrer und motorisierter Verkehr sind für die CDU gleichberechtigte Partner im Straßenraum.
 - b. Die Straßenflächen der Hauptverkehrsstraßen werden nicht eingeengt und stehen in voller Breite wie bisher dem motorisierten Verkehr zur Verfügung.
 - c. Bestehende kombinierte Rad- und Fußwege bleiben als solche bestehen. Die Benutzungspflicht wird nicht aufgehoben.
 - d. Auf Nebenstrecken von untergeordneter Kategorie sollen bestehende benutzungspflichtige Geh- und Radwege erhalten bleiben.
 - e. Aus den Erkenntnissen der computergesteuerten Pkw-Befahrung der Straßen zur Ermittlung des Straßenzustandes einschlie0ßlich der Rad- und Fußwege, ist eine Prioritätenliste zur Sanierung der Radwege der Selbstverwaltung vorzulegen.
 - f. Im Innenstadtbereich (innerhalb des Ringes) und in den Hauptverkehrsstraßen ist auf ausreichende Breiten der Radwege hinzuwirken. Wo es Mängel gibt, sind sie zu beheben.
 - g. In den Stadtrandlagen ist mit der vorhandenen Radwegbreite moderat umzugehen. Das gleiche gilt auch für kombinierte Fuß- und Radwege.
 - h. Die Fahrgeschwindigkeit soll sich den verkehrlichen Gegebenheiten anpassen. Das gilt insbesondere für E-Bikes.
 - i. Zur Gefahrenreduzierung sollen insbesondere im innerstädtischen Bereich sowie in den Hauptverkehrsstraßen Maßnahmen gegen Falschparken (einschließlich kurzzeitigem Halten) von Kraftfahrzeugen auf Rad- und Gehwegen entwickelt werden. Die Maßnahmen können baulicher Art sein oder z. B. die aktive Arbeit des Kommunalen Ordnungsdienstes beinhalten.

- 2. Der Planungs- und Umweltausschuss überweist den geänderten und ergänzten Entwurf an die Stadtteilbeiräte zur Öffentlichkeitsbeteiligung.
- 3. Die vorgebrachten Anregungen zum Radverkehrskonzept sind zusammenzufassen und mit einem Abwägungsvorschlag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 2 Enthaltung: 3

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

8 . 51. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Entwicklung Scholtz-Kaserne"
- Aufstellungsbeschluss
- Durchführung einer Umweltprüfung
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: 0154/2018/DS

Der Tagesordnungspunkt wird einvernehmlich zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 9. beraten.

Beschluss:

- 1. Für das das Gebiet der ehemaligen Scholtz-Kaserne südlich des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten, westlich der Kleingartenanlage "Am Haart", nördlich der Wohnbebauung an der Leddinstraße, östlich der Störstraße und südöstlich der Frankenstraße im Stadtteil Stadtmitte ist der Flächennutzungsplan 1990 der Stadt Neumünster zu ändern. Anstelle der Sonderbauflächen sollen Wohnbau- und Grünflächen dargestellt werden.
- 2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
- 3. Gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden.
- 4. Die in ihren Aufgabenbereichen berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange sind über die Planung zu unterrichten und zur Äußerung auch in Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufzufordern.
- 5. Es ist eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

9. Bebauungsplan Nr. 170 "Entwicklung Scholtz-Kaserne"
- Aufstellungsbeschluss
- Durchführung einer Umweltprüfung
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: 0155/2018/DS

Zur Drucksache Nr. 0155/2018/DS liegt allen Ausschussmitgliedern die Neufassung der Anlage 2 (Vorentwurf Strukturkonzept) zum Austausch vor (Anlage 3).

Frau Bühse bittet darum, die Aspekte "grüner, leiser, sauberer" sowie Barrierefreiheit und eine Abtrennung zur Landesunterkunft in einen möglichen Wettbewerb einfließen zu lassen.

Herr Krampfer stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

- 1. Für das das Gebiet der ehemaligen Scholtz-Kaserne südlich des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten, westlich der Kleingartenanlage "Am Haart", nördlich der Wohnbebauung an der Leddinstraße, östlich der Störstraße und südöstlich der Frankenstraße im Stadtteil Stadtmitte ist ein Bebauungsplan im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Der Bebauungsplan soll der Entwicklung eines attraktiven Wohnquartiers dienen.
- 2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
- 3. Gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden.
- 4. Die in ihren Aufgabenbereichen berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange sind über die Planung zu unterrichten und zur Äußerung auch in Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.
- 5. Es ist eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

10 .	46. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Sondergebiet Baeyerstraße"
	- Beschluss über Stellungnahmen
	- Feststellungsbeschluss
	Vorlage: 0242/2018/DS

Der Tagesordnungspunkt wird einvernehmlich zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 11. beraten.

Beschluss:

- 1. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
- 2. Die Ratsversammlung beschließt die 46. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Sondergebiet Baeyerstraße" für das Gebiet östlich der Bebauung an der Baeyerstraße, südlich der Bebauung an der Nobelstraße im Bereich des Stoverweges Nr. 40 und 42 für die Flurstücke Nr. 120, 170-172 und 192 tlw. im Stadtteil Gartenstadt.
- 3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt; Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlung umweltrelevanter Belange (Umweltprüfung) werden gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) bestätigt.
- 4. Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB wird gebilligt.
- 5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Flächennutzungsplanung dem Innenminister zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung ist anschließend nach § 6 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis: (Frau Bühse war abwesend)

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

11 .	Bebauungsplan Nr. 42 "Sondergebiet Baeyerstraße (a+b-Center)"
	- Beschluss über Stellungnahmen
	- Satzungsbeschluss
	Vorlage: 0243/2018/DS

Der Tagesordnungspunkt wird einvernehmlich zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 10. beraten.

Herr Feldmann-Jäger erkundigt sich nach der Möglichkeit, auf der Fläche des Aldi-Marktes im a + b Center einen Biomarkt anzusiedeln.

Herr Heilmann bestätigt die gegebene Zulässigkeit.

Herr Krampfer lässt über die Vorlage abstimmen.

- 1. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
- 2. Die Ratsversammlung beschließt aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBI. I S. 3634) den Bebauungsplan Nr. 42 "Sondergebiet Baeyerstraße (a+b-Center)" für das Gebiet beidseits der Baeyerstraße zwischen Stoverweg und Nobelstraße im Stadtteil Gartenstadt, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) dem Text (Teil B) als Satzung.

- 3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt; Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlung umweltrelevanter Belange (Umweltprüfung) werden gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 BauGB bestätigt.
- 4. Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB wird gebilligt.
- 5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über den Bebauungsplan nach § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekanntzumachen. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung eingesehen werden können.

Abstimmungsergebnis: (Frau Bühse war abwesend)

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

12 . Bebauungsplan Nr. 209 "Krückenkrug / Brandenburger Weg"
- Beschluss über geänderten Geltungsbereich
- Beschluss über Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 0260/2018/DS

Nachfragen von Herrn Dr. Stein zu Festsetzungen der Geschossigkeit, zu den Baugrenzen und zur Zuwegung werden von Herrn Heilmann beantwortet.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Herr Krampfer über die Vorlage abstimmen.

- 1. Die Änderung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 209 "Krückenkrug/ Brandenburger Weg" wird gebilligt.
- 2. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung und der erneuten öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
- 3. Die Ratsversammlung beschließt aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBI. I S. 3634) den Bebauungsplanes Nr. 209 "Krückenkrug/ Brandenburger Weg" für das Gebiet zwischen der Straße Krückenkrug im Norden und dem Brandenburger Weg im Süden, sowie dem Grundstück Krückenkrug 37 im Westen und dem Grundstück Krückenkrug 27 a im Osten im Stadtteil Einfeld, bestehend aus der Planzeichnung (A) und dem Text (Teil B), als Satzung.
- 4. Die Begründung wird gebilligt.

5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bebauungsplan nach § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekanntzumachen. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan und die Begründung eingesehen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

13 . 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 177 "Entwicklungsfläche Nord / A 7"

- Aufstellungsbeschluss

- Durchführung einer Umweltprüfung

- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Vorlage: 0261/2018/DS

Beschluss:

1. Für das Gebiet zwischen der BAB 7, der L 328, der K 1 und dem Baggersee in den Stadtteilen Gartenstadt und Einfeld ist die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 177 "Entwicklungsfläche Nord / A 7" im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen.

Die Planänderung dient der Änderung der zulässigen Gebäudehöhen sowie der Verkürzung der Planstraße A (Neuenbrook).

- 2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
- 3. Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden.
- 4. Die in ihren Aufgabenbereichen berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange sind über die Planung zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.
- 5. Es ist eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

Bebauungsplan Nr. 183 "Kita südlich Am Kamp"
 - Aufstellungsbeschluss
 - Beschluss zur Durchführung einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: 0265/2018/DS

Den Ausschussmitgliedern wurde ein Ergänzungsantrag von Frau Bühse als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Frau Bühse erläutert ihren Antrag mit Hinweis auf den gegebenen Zeitdruck für die Maßnahme.

Herr Stadtbaurat Kubiak reicht daher eine um den Inhalt des Antrages von Frau Bühse erweiterte Fassung der Vorlage zur Beschlussfassung vor (Anlage 6).

Der Ergänzungsantrag wird daher als obsolet erachtet.

Herr Krampfer lässt über die erweiterte Vorlage abstimmen.

- "1. Der Flächennutzungsplan 1990 der Stadt Neumünster ist für das im Stadtteil Tungendorf gelegene Gebiet südlich der Straße Am Kamp und östlich der Bebauung am Krokusweg wie folgt zu ändern:
 - Anstelle von landwirtschaftlicher Fläche sind Gemeinbedarfsflächen (Kindergarten / Feuerwehr) darzustellen.
- 2. Gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Umweltprüfung soll sich insbesondere auf die Belange des Bodenschutzes, des Schutzes von Orts- und Landschaftsbild beziehen.
- 3. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
- 4. Es ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen."

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Anschließend wird die Vorlage 0256/2018/DS zur Abstimmung gestellt.

- Für die landwirtschaftliche Fläche südlich der Straße Am Kamp und östlich der Bebauung am Krokusweg im Stadtteil Tungendorf ist ein Bebauungsplan im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Der Bebauungsplan soll der Bereitstellung eines Baugrundstückes für den Gemeinbedarf, insbesondere einer Kindertageseinrichtung, dienen.
- 2. Gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Umweltprüfung soll sich insbesondere auf die Belange des Bodenschutzes, des Schutzes von Orts- und Landschaftsbild beziehen.
- 3. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

4. Es ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach den Richtlinien der Stadt Neumünster durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

15 .	Grüne Achse Schwaleniederung
	- Förderantrag "Stadt im Wandel"
	Vorlage: 0239/2018/DS

Nachfragen der Ausschussmitglieder zu den Gesamtkosten und zur technischen Durchführung der Schwale-Querung werden von Herrn Heilmann beantwortet.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Förderantrag für das Projekt "Grüne Achse Schwaleniederung" im Landesprogramm Wirtschaft der Maßnahme "Nachhaltige Stadtentwicklung – Stadt im Wandel" zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

16 .	Umsetzung des Innenstadtkonzeptes
	- Umsetzungsbericht
	Vorlage: 0258/2018/DS

Der Umsetzungsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Endq. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

17 .	Verkehrskonzept Innenstadt, Teil Kfz-Verkehr
	- Verkehrsuntersuchungen zu den Knotenpunkten Ilsahl / Christianstraße und
	Holsatenring / Wittorfer Straße
	Vorlage: 0073/2018/MV

Es wurde der Ergänzungsantrag von Herrn Dr. Stein an alle Ausschussmitglieder als Tischvorlage verteilt.

Unter Tagesordnungspunkt 2. wurde die Behandlung als ordentlicher Tagesordnungspunkt beschlossen.

Nach kurzer Erläuterung des Antrages lässt der Ausschussvorsitzende über den Ergänzungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Die Vorlage in der geänderten Fassung wird einstimmig beschlossen.

18 .	Dringliche Vorlagen

Es liegen keine dringlichen Vorlagen vor.

19 .	Mitteilungen

19.1 .	Herstellung von Dämmen im Dosenmoor im Rahmen des Planfeststellungsver-
	fahrens
	- Mündlicher Vortrag

Frau Obel erläutert mittels einer Powerpoint-Präsentation den besonderen Schutzstatus des Dosenmoores und die dort geplanten Maßnahmen.

Ziel ist es mittels der geplanten Maßnahmen die Wasserstände innerhalb des Moorkörpers zu stabilisieren bzw. bereichsweise moderat anzuheben und die Erfolge der bisherigen Wiedervernässungsmaßnahmen zu sichern. Hierfür sind u. a. die Errichtung von Torfdichtwänden bzw. vereinzelt von Spundwänden aus Recyclingkunststoff und die Sanierung von Grabenstaueinrichtungen vorgesehen. Sie sollen einer Prioritätenliste folgend in einem Zeitraum von ca. 5 Jahren ausgeführt werden.

Das derzeitige Planfeststellungsverfahren dient der Interessenabwägung und Berücksichtigung von Betroffenheiten.

Der Zeitplan des Planfeststellungsverfahrens mit dem Termin zur Auslegung bis zum 24.01.2019, zur Abgabe von Einwendungen bis zum 07.02.2019 und dem Erörterungstermin am 14.02.2019 ist eng gefasst.

Herr Krampfer bedankt sich ausdrücklich bei Frau Obel für die kurzfristig gewünschte Information zu dem Thema.

19.2 .	KV-Terminal - Planfeststellung
	- Mündlicher Vortrag

Herr Heilmann informiert über den derzeit in der Auslegung befindlichen Planfeststellungsbeschluss an Hand einer Powerpoint-Präsentation. Insbesondere wird auf das Planfeststellungsgebiet, den Planinhalt und Lärmschutzmaßnahmen Bezug genommen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Stein erklärt Herr Heilmann, dass die geforderten Lärmschutzwände sämtlich vom Vorhabenträger auszuführen sind.

Die vom Fachdienst vorgetragene Anregung, der KV-Terminal dürfe erst in Benutzung gehen, wenn die Umgehungsstraße vorhanden sei, fand bei der entscheidenden Planfeststellungsbehörde keine Berücksichtigung.

Herr Krampfer bedankt sich auch bei Herrn Heilmann für seine Ausführungen.

20 .	Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein 2010 und
	Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I - III (jeweils
	Sachthema Windenergie)
	Vorlage: 0081/2018/MV

Herr Westphal-Garken erkundigt sich, ob die Veranstaltung am 14.01.2019 zur Vorstellung des Landesentwicklungsplanes im Fachdienst bekannt war.

Frau Spieler bedauert, die Einladung wohl erhalten, aber nicht zur Information an den Planungs- und Umweltausschuss weitergeleitet zu haben.

21 .	Beschlusskontrolle - öffentlich - siehe Anlage -
	Vorlage: 0085/2018/MV

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Herr Krampfer bedankt sich bei allen Zuhörern und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Thomas Krampfer (Ausschussvorsitzender)

Hilke Schulz (Protokollführerin)